Deutscher Bundestag

16. Wahlperiode 27. 06. 2008

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Hüseyin-Kenan Aydin, Heike Hänsel, Karin Binder, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

– Drucksache 16/9308 –

Hermes-Bürgschaft für das Ilisu-Staudammprojekt zurückziehen

A. Problem

Rücknahme einer Hermes-Bürgschaft für das Ilisu-Staudammprojekt.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/9308 abzulehnen.

Berlin, den 18. Juni 2008

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Edelgard BulmahnVorsitzende

Erich G. Fritz
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Erich G. Fritz

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/9308** in seiner 163. Sitzung am 29. Mai 2008 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller bemängeln, dass die Bundesregierung trotz internationaler Kritik eine Exportkreditversicherung über 93,5 Mio. Euro für die Beteiligung der Züblin AG am Bau des Ilisu-Staudamms in der Türkei bewilligt habe. Das Projekt bedrohe die Existenzgrundlage von 55 000 bis 78 000 Menschen, wobei mindestens 11 000 Menschen enteignet würden. Obwohl die Anrainerstaaten Syrien und Irak von der Aufstauung des Flusses Tigris betroffen wären, habe die Türkei ihre Nachbarn nicht in die Projektentwicklung einbezogen. Darüber hinaus würden bei einer Flutung die kulturellen Schätze der Jahrtausende alten Stadt Hasankeyf für immer untergehen.

Mit dem Antrag auf Drucksache 16/9308 soll die Bundesregierung aufgefordert werden, die Hermes-Bürgschaft für das Ilisu-Staudammprojekt ohne weitere Verzögerung zurückzuziehen.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 16/9308 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der Auswärtige Ausschuss hat den Antrag auf Drucksache 16/9308 in seiner 66. Sitzung am 18. Juni 2008 be-

raten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Antrag auf Drucksache 16/9308 in seiner 68. Sitzung am 18. Juni 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe hat den Antrag auf Drucksache 16/9308 in seiner 63. Sitzung am 18. Juni 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat den Antrag auf Drucksache 16/9308 in seiner 66. Sitzung am 18. Juni 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Antrag auf Drucksache 16/9308 in seiner 67. Sitzung am 18. Juni 2008 abschließend beraten.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/9308 zu empfehlen.

Berlin, den 18. Juni 2008

Erich G. Fritz Berichterstatter

